

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

Die amerikanische Wirtschaftslage und die Präsidentenwahl

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Landauer, Carl (1972) : Die amerikanische Wirtschaftslage und die
Präsidentenwahl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 5,
pp. 259-262

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134399>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

USA

Die amerikanische Wirtschaftslage und die Präsidentenwahl

Carl Landauer, Berkeley

Bis vor kurzem – besonders nach dem China-Besuch – galt es unter Freunden und Gegnern Nixons als ausgemacht, daß die Stärke seiner Wahlkampfposition in der Außenpolitik läge. Für seinen Erfolg oder Mißerfolg schien entscheidend, ob die Befriedigung über die Rückkehr der meisten amerikanischen Soldaten aus Vietnam und der Glanz der „Ping-Pong-Diplomatie“ stärker wirken würden als die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies hätte weiterhin gegolten, wenn die Lage in Vietnam nur annähernd gleich geblieben wäre. Unterdessen haben aber die nordvietnamesische Offensive, die amerikanische Reaktion in Form der erweiterten Bombardierung von Nordvietnam und einer gegen Haiphong gerichteten Blockade und die im Augenblick noch nicht klar erkennbare, aber anscheinend bedrohlich starke Reaktion Moskaus auf die amerikanischen Aktionen eine neue Lage geschaffen. Wenn sich daraus eine ernste Konfrontation mit der Sowjetunion ergibt, die zu einer Kriegsangst führen könnte, so dürften Nixons Aussichten, die Wahl zu gewinnen, sich dem Nullpunkt nähern. Gelingt es ihm aber, die Krise beizulegen, ohne daß es zu einer großen Nervenprobe kommt – etwa durch ein politisches Abkommen mit Hanoi, das gegen ein Fallenlassen der heutigen Saigon-Regierung sicher zu haben wäre –, dann wird dies seine Chancen positiv beeinflussen. Dann wird es darauf ankommen, ob er seine Wirtschaftspolitik in ein einigermaßen günstiges Licht stellen kann.

Drei große Probleme

Die amerikanische Wirtschaftspolitik steht vor drei großen Problemen: Arbeitslosigkeit, Inflation und Neuregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Zwar wird sich aller Voraussicht nach die

Lage am Arbeitsmarkt verbessern und sich das Tempo der Inflation verringern, aber beides wird nach den bisherigen Anzeichen ein langsamer Prozeß und nicht frei von Rückschlägen sein:

	Rate der Arbeitslosigkeit	Lebenshaltungs- kosten	Großhandels- index
Dezember 1970	6,1	119,1	111,0
Dezember 1971	6,0	123,1	115,4
Januar 1972	5,9	123,2	120,2
Februar 1972	5,7	123,8	123,1

Gegen Nixon wirkt, daß die Wähler über eine wirtschaftliche Besserung andere Vorstellungen haben als die Sachverständigen. Im Federal Reserve Board, im Council of Economic Advisers und im Treasury mag eine Besserung um einige Zehntel eines Prozents im Monat Befriedigung hervorrufen, weil man diese Zahlen mit 12 multipliziert und damit zu einem einigermaßen guten Jahresergebnis kommt. Der Wähler aber läßt sich von einer solchen Besserung nur beeinflussen, wenn er sie fühlt, und zwar rechtzeitig. Die wirtschaftliche Entwicklung könnte sich also für Nixon nur dann positiv auswirken, wenn der Arbeiter bis zum Sommer – dem Zeitpunkt, bis zu dem die meisten Wähler ihre Entscheidung treffen werden – das Gefühl verloren hat, daß sein Arbeitsplatz und diejenigen seiner Familienangehörigen gefährdet sind, und wenn die Hausfrau merkt, daß die Preise nicht mehr oder nur langsam steigen.

Carl Landauer, 80, emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften, lehrte an den Universitäten Hamburg, Berlin und seit 1932 vor allem an der Berkeley University, Kalifornien.

Eine solche Besserung ist allerdings unwahrscheinlich.

Geringer Abbau der Arbeitslosigkeit

Es ist nicht ganz leicht zu erklären, warum am Arbeitsmarkt kaum eine Besserung erfolgt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren keine „autogene“ Rezession erlebt haben; vielmehr wurden die Rezessionserscheinungen hervorgerufen durch Kreditverkürzung und Geldverknappung im Interesse der Inflationsbekämpfung. Diese Politik wurde im Sommer 1971 durch die Preis- und Lohnkontrollen ersetzt. Die Annahme lag nahe, daß nach dem Lösen der Bremse der Wagen in schnelle Fahrt geraten würde; statt dessen kam er über ein Kriechen nicht hinaus.

Dies kann nur zum Teil — wie es die Regierung gerne möchte — mit dem Übergang von einer teilweisen Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft erklärt werden. Gewiß hat die Rückkehr von Soldaten in das Zivilleben das Arbeitsangebot vergrößert, aber die Verkleinerung des Mannschaftsbestandes ist nicht so erheblich, daß sie für die hohe Arbeitslosenrate hauptsächlich verantwortlich sein könnte. Die Verringerung der Aufträge an die Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie hat in manchen Berufen (z. B. Ingenieurspezialisten und Physiker) und einigen Regionen (z. B. Seattle) fast zu einem Zusammenbruch partieller Arbeitsmärkte geführt, aber da im Ganzen das Verteidigungsbudget in diesem Jahr sogar noch etwas zugenommen hat, kann darin nicht die Ursache für die unbefriedigende Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt liegen.

Die geringfügige Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist besonders schwer zu erklären, da nach den neuesten Veröffentlichungen das Bruttosozialprodukt im ersten Vierteljahr 1972 erheblich zugenommen hat. Diese Inkongruenz läßt natürlich darauf schließen, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosigkeit technologischen Ursprungs ist. Dabei bleibt aber rätselhaft, warum bei steigenden Einkommen die Nachfrage nach Dienstleistungen nicht rasch genug wächst, um die Arbeitersparnis pro Produkteinheit in der Industrie auszugleichen. Auch die Einschränkung der Nachfrage im Bereich der öffentlichen Dienste infolge der Budgetschwierigkeiten bietet dafür höchstens eine Teilerklärung.

Eine Erklärung ist vielleicht die Zurückhaltung der Konsumenten, die ihren Ausdruck in einer hohen Sparrate findet, was vermutlich durch die Furcht vor Arbeitslosigkeit begründet ist. Jedenfalls deutet vieles darauf hin, daß eine Rückkehr zu voller Prosperität in der Hauptsache von einer Konsumsteigerung und weit weniger von einer größeren

Nachfrage nach Investitionsgütern zu erwarten ist, da die ungenügende Ausnutzung vorhandener Kapazitäten — nicht ganz 75 % — nicht gerade dazu reizt, die Anlagen zu erweitern. Der Versuch der Regierung, durch Steuerkredite für Investitionen auf den Kapitalgütermarkt einzuwirken, ist daher bisher nicht sehr erfolgreich gewesen. Wer schafft sich schon neue Werkzeugmaschinen an, wenn er solche vom gleichen Typ unausgenutzt stehen hat?

Beschäftigung versus Stabilität

Die alte Streitfrage, ob die Bekämpfung der Inflation oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit politisch wichtiger ist, steht noch immer auf der Tagesordnung. Die Republikaner, von denen die meisten in der Inflation das größere Übel und die größere Gefahr für ihren Wahlerfolg sehen, sprechen davon, daß die überwältigende Mehrheit der Amerikaner auch jetzt beschäftigt sei, während jede Hausfrau beim Einkauf die Preissteigerung merke. Das ist richtig; nur muß man zu denen, die tatsächlich erwerbslos sind, noch die viel größere Zahl derer hinzufügen, die sich ihres Arbeitsplatzes nicht mehr sicher fühlen oder die sich bei der weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Jugendlichen Sorge machen, wie sie für ihre heranwachsenden Kinder Arbeitsstellen finden sollen. Und da Arbeitslosigkeit, subjektiv und objektiv, ein viel größeres Übel ist als eine Beschränkung des Lebensstandards durch eine sechs- oder siebenprozentige Inflationsrate, ist die Rechnung der Republikaner zumindest unsicher. Im übrigen ist durch die jüngste amerikanische Entwicklung zweifelhaft geworden, ob die Alternative „Inflation oder Arbeitslosigkeit“ überhaupt noch besteht. Das unerhört hohe Bundesdefizit, zusammen mit einer erheblichen Vermehrung des Geldumlaufs, müßte nämlich nach allen Theorien der fiskalischen oder monetären Konjunkturpolitik einen Boom erzeugt haben; aber davon ist nichts zu spüren.

Umstrittene Lohnkontrollen

Die im Herbst geschaffenen Lohn- und Preiskontrollen hatten die Popularität des Präsidenten und damit die republikanischen Wahlchancen zunächst erhöht; in Zukunft werden sie vielleicht den Republikanern nicht mehr direkt nützen, wohl aber indirekt, indem sie die Demokraten in größere Verlegenheiten bringen. Der Widerstand von rechts gegen diese staatliche Regulierung der Wirtschaft ist immer noch erstaunlich gering. Dagegen hat die von vornherein deutlich gewordene Unzufriedenheit der Gewerkschaften mit der Lohnkontrolle einen Höhepunkt erreicht. Die Lohnkontroll-Behörde hat gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter in einen Kollektivvertrag ein-

gegriffen, der zwischen den Dockarbeitern der Westküste und der zuständigen Arbeitgebervereinigung nach einem langen Streik zustande gekommen war. Die ausgehandelte Lohnerhöhung wurde reduziert, obwohl sie noch immer erheblich über dem von der Lohnbehörde festgesetzten Standardsatz liegt. Dieser Eingriff hat die meisten Gewerkschaften auf den Plan gerufen. George Meany, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, und zwei andere Gewerkschaftsführer haben ihre Positionen als Mitglieder der Lohnkontrollbehörde aus Protest niedergelegt. Aber die Frage, ob die Dockarbeiter oder auch andere Gewerkschaften gegen die Entscheidungen der Behörde streiken werden, ist noch unbeantwortet. Ebenso wenig ist klar, ob die Regierung gegebenenfalls von dem Sondergesetz Gebrauch machen wird, das der Kongreß während des westlichen Dockarbeiterstreiks beschlossen hat und das ihr eine Handhabe geben würde, nach Überprüfung der Entscheidung der Lohnkontrollbehörde in einem neuen Schiedsverfahren gegebenenfalls eine Wiederaufnahme des Streiks zu verhindern.

Falls die Entwicklung sich zu einer Machtprobe zuspitzen würde, wäre das natürlich auch für die Regierung keine einfache Sache, aber schlimmer noch wären wohl die Folgen für die Demokraten. Seit den Tagen des New Deal stützt sich die demokratische Führung in Wahlkämpfen auf eine Koalition der liberalen Intelligenz mit dem Großteil der schwarzen Bevölkerung und der Gewerkschaften. In einem Entscheidungskampf um die Befugnisse und die Politik der Lohnkontrollbehörde werden die Gewerkschaftsführer wahrscheinlich als Bedingung der Wahlunterstützung von den demokratischen Kandidaten feste Zusagen verlangen, im Fall des Sieges die Regelung entweder aufzuheben oder die Praxis der Behörde so zu mildern, daß sie bedeutungslos wird.

Nun war aber die Einrichtung der Lohn- und Preiskontrollen — als eine Form der Inflationsbekämpfung, die mit Mehrbeschäftigung verträglich ist — ursprünglich eine Forderung prominenter Demokraten, die von der republikanischen Regierung nur unter dem Druck der Verhältnisse schließlich

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

HANDBUCH DER EUROPÄISCHEN SEEHÄFEN

Herausgegeben von Horst Sanmann

NEUERSCHEINUNG

Bd. IX

DIE SEEHÄFEN IN ITALIEN

von Lothar L. V. Jolmes

Die vorliegende Studie gibt einen umfassenden und detaillierten Überblick über die Seehäfen Italiens, wie er in dieser Geschlossenheit bisher nicht vorlag. Neben der Analyse des Güter- und Schiffsverkehrs finden die technischen Hafenzustände und die ökonomischen Funktionen der einzelnen Seehäfen besondere Beachtung. Der Wert dieser Analyse beruht sowohl auf der schwerpunktmäßigen Behandlung der Großhäfen als auch auf der zusätzlichen Berücksichtigung mittlerer und kleiner Häfen. Das umfangreiche Zahlenmaterial stellt eine Fundgrube für Wissenschaftler und Praktiker gleichermaßen dar.

Großoktav, 200 Seiten, 1972, Gin. DM 89,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

akzeptiert wurde. Die Demokraten können sich nun nicht zur Abschaffung oder Aushöhlung dieser in weiten Kreisen populären Kontrollen verpflichten, ohne mehr Stimmen zu verlieren, als sie sich leisten können. Aber auch ein Abfall der Gewerkschaften von der demokratischen Partei könnte den Republikanern die Marge für den Sieg liefern.

Protektionistische Tendenzen

Der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Lohnkontrollen wäre weniger stark, wenn der Kampf gegen die Inflation erfolgreicher wäre. Was besonders aufreizend wirkt, sind die Umgehungen der Preiskontrollen durch große Unternehmungen. Nach einer offiziellen Schätzung haben 10 % der großen Firmen die Vorschriften verletzt. Das ist kein Wunder, da der Überwachungsstab von vornherein unzulänglich war. Die Regierung wird sich sicherlich bemühen, die Überwachung effektiver zu gestalten, besonders weil das schlechte Beispiel ansteckend wirken würde. Keine erdenkliche Maßnahme aber kann so rasch wirken, daß der Erfolg rechtzeitig vor den Wahlen der Bevölkerung zu Bewußtsein kommt.

Auch die Fragen der auswärtigen Wirtschaftspolitik stellen beide Parteien vor Probleme, vermutlich aber die Demokraten vor die größeren. Die Währungsrelationen sind den Wählermassen ziemlich gleichgültig; der Zusammenhang mit der Konkurrenzfähigkeit amerikanischer Produkte ist den wenigsten klar. Stark dagegen ist der Wunsch, die Einfuhr konkurrierender Produkte durch Zölle oder Kontingente eingedämmt zu sehen. Auch dem Präsidenten ist die Stärke der protektionistischen Tendenz unerwünscht, schon weil sie seine Außenpolitik stört.

Noch ungelegener kommt sie aber den Demokraten, die historisch die Vertreter einer sich an Freihandel orientierenden Politik sind. In der frühen Nachkriegszeit konnten sie sich dabei auf die Interessen weiter Arbeitnehmerkreise stützen, da durch eine Hochzollschutzpolitik die Ausfuhr spezialisierter amerikanischer Industrieprodukte beeinträchtigt worden wäre. Aber die dramatische Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz zeigt, daß sich nun für Industriezweige, die noch vor einigen Jahren den Inlandsmarkt im wesentlichen beherrschten und eine bedeutende Stellung auf Auslandsmärkten einnahmen, die Exportchancen verschlechtert haben und daß sie gleichzeitig auf dem Inlandsmarkt in die Defensive gedrängt werden. Die Automobilindustrie ist ein Beispiel. Überdies ist sie auch ein Beispiel dafür, daß die amerikanische Industrie nicht nur mit ausländischen Unternehmungen, sondern auch mit den amerikanischen Tochtergesellschaften im Ausland konkurrieren muß. Diese Entwicklung

spiegelt sich auch in der handelspolitischen Haltung der Gewerkschaften stark wider.

Lösungen kaum in Sicht

Haben sich also die Demokraten geirrt, wenn sie sich gerade von den wirtschaftlichen Interessen der Wähler – vor allem im Gegensatz zu den außenpolitischen Interessen – die größeren Siegeschancen versprochen? Wahrscheinlich wird von allen wirtschaftlichen Faktoren doch die Arbeitsmarktlage das Wahlergebnis am stärksten beeinflussen, und dieser Einfluß wird in der Tat den Demokraten zugute kommen. Ob er jedoch stark genug ist, um den natürlichen Vorteil des „incumbent“, des amtierenden Präsidenten, auszugleichen, ist damit natürlich noch nicht entschieden, und der Einfluß der Außenpolitik ist im Augenblick ein einziges Fragezeichen.

Eines aber ist sicher: Der Sieger wird sich einer Fülle von Problemen gegenübersehen, von denen es schwer ist, sich eine Lösung vorzustellen – zumindest eine, die in den vier Jahren bis zur nächsten Präsidentenwahl gefunden werden könnte. Um nur von den Wirtschaftsfragen zu sprechen: Der 1972 gewählte Präsident kann weder zur „freien“ Marktwirtschaft zurückkehren, noch die Lohn- und Preiskontrollen in ihrer gegenwärtigen Form beibehalten, und für ihre Verbesserung gibt es keine Vorbilder. Der Präsident muß die Arbeitslosigkeit drastisch vermindern, aber die alten Rezepte der Stimulierungspolitik scheinen nicht mehr zu wirken, und die Wirtschaftswissenschaft hat noch keine neuen entwickelt. Neue Aufgaben in der Wohlfahrtspolitik, im Erziehungswesen und vor allem im Umweltschutz werden unerhörte Anforderungen an die öffentlichen Haushalte stellen, aber die Steuerwilligkeit der Bevölkerung ist stark gesunken. Die Zahlungsbilanz ließe sich nur durch eine schon technisch schwierige internationale Verständigung über Währungs- und Handelsfragen in Ordnung bringen, für die aber bei Amerika Partnern schon an sich nicht genug Bereitschaft besteht – dazu kommt noch die Verärgerung über die taktlos-burschikose Art des Schatzministers Connally.

Nixon ist in Wirtschaftsfragen ein Amateur und hat auch keine besonders glückliche Hand in der Auswahl seiner Wirtschaftsberater bewiesen. Seine demokratischen Rivalen Muskie und Humphrey, vielleicht auch McGovern, verstehen vermutlich mehr von Ökonomie. Ob sie aber auch die nötige taktische Geschicklichkeit besitzen – die dem wendigen, durch keine starken Überzeugungen belasteten Nixon niemand abstreiten kann –, ist unsicher: Ein Wahlkampf ist keine Probe für staatsmännische Qualitäten – in Amerika vielleicht noch weniger als in anderen Ländern.